

Reform:
Polizei unter den
Alliierten

Top-Thema
Bundesheer-
ermittler

Kriminalität
Blitzraub

01/13

kripo.at



VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH



Sondereinheiten

geheimnisumwittert

Wer kümmert sich um die Kriminalpolizei?

Fragen Sie einen x-beliebigen Politiker einer x-beliebigen Partei, was er über die Polizei als Ganzes und über die Kripo im Speziellen denkt. Die Antwort kann ich Ihnen schon jetzt in den Grundzügen voraussagen: Die Polizei ist wichtig und hat die volle Unterstützung von Partei und Mandataren.

Nun, wie wir alle wissen, die Realität sieht anders aus. Wo es nur geht und auch nicht geht werden Personal und Geld eingespart. Von den Sonntagsreden bleibt in der Wirklichkeit nichts. Ja, damit ich es nicht vergesse: Schuld sind die Anderen, man selbst würde ja....., aber die bösen politischen Konkurrenten. Da kann die Innenministerin noch so um jeden Euro kämpfen, mit der Polizei lässt sich keine Wahl gewinnen, daher sind die Volksvertreter an gängigeren Themen interessiert.

Bei Politikern gilt ja grundsätzlich die Unschuldsvermutung. Sie sind durchwegs Laien, die um ihre Haut und ihren Listenplatz bei der nächsten Wahl kämpfen. Wenn halt die Nähe zur Polizei ins Konzept passt, dann betont man diese eben öffentlich, aber echte Hilfe?

Formell wird ja der Kriminaldienst von der GÖD bzw. der Personalvertretung vertreten. Ehrlich, glauben Sie das? Die Vertreter der Kripo sind in sämtlichen Gremien eine Minderheit, die im Meer der Funktionäre der uniformierten Kollegen untergeht. Auch Personalvertreter wollen wieder gewählt werden und es ist daher nicht verwunderlich, dass sie sich um Mehrheiten kümmern - und Mehrheiten findet man bei der Kripo nicht. Das Hemd ist halt näher als der Rock.

Man muss klarstellen, dass auch die Spitzenfunktionäre der Exekutivgewerkschaft, die ausschließlich aus dem uniformierten Korps kommen, in der Regel dem Kriminaldienst nicht feindlich gesinnt sind. Sie haben nur mit ihrer Klientel genug Probleme am Hals. Es ist ja nicht so, dass der uniformierte Teil der Polizei in einem Schlaraffenland Dienst tut. Wenn heute Großrauminspektionen mit 1-3 besetzt sind und ständig einen Funkwagen besetzen müssen, kann von keiner befriedigenden Arbeitssituation ausgegangen werden. Das Problem jener Gewerkschafts- und Personalvertreter, die Anliegen der Kripo vertreten, liegt seit der Zusammenlegung der Wachkörper darin, dass sie zuerst die Mehrheit der Kollegen von ihren Anliegen überzeugen müssen. Auch wenn diese überzeugt werden, in der Prioritätenliste werden halt dann doch meist die Mehrheitsprobleme an den Dienstgeber herangetragen. Probleme der Kripo laufen unter „ferner liefen“.

Na, wenigstens die Führungsriege der Polizei wird doch die Anliegen des Kriminaldienstes unterstützen. Schön wärs! Mit Ausnahme des BKA und der LKA's kommen die Dienststellenleiter aus dem Bereich von Sicherheitswache und Gendarmerie. Kriminalistische Arbeit ist ihnen eher nur theoretisch bekannt. Sie sind auch eine andere Arbeitsweise gewöhnt. Krimineller Schwerpunkt – kein Problem – schicken wir 2 – 3 Dutzend Polizisten in die Gegend und dann ist Ruhe.

Stimmt auch, nur kaum ist die öffentlich zur Schau gestellte Staatsmacht abgezogen, geht es weiter wie bisher. Das ist nicht Kriminalitätsbekämpfung, das ist eine Notoperation. Man kann auch sagen, so werden Symptome bekämpft, aber nicht die Ursache. Wie Insider wissen, ist auch bei den täglichen Besprechungen die Kriminalitätsbekämpfung nur ein Randthema. Wie viele Alkotests wurden durchgeführt? Wie viele Führerscheine abgenommen? Das zieht, das ist wichtig, das kann man in Vergleichszahlen gießen, so kann man brillieren.

Es ist nicht so, dass die Dienststellenleiter dem Kriminaldienst feindlich gesinnt wären, nein, er ist den meisten nur egal.

Wer also vertritt den Kriminaldienst?

Wer diese 11er Frage beantworten kann, möge sich an uns wenden. Wir sind brennend an der Antwort interessiert.

Ihre Vereinigung Kriminaldienst Österreich



news

Nationale & Internationale	5
Shortcuts	

top-thema

- Der Atlas	6
- SWAT	11
- Ordnungshüter im Heer	13

intern

- Innenministerin empfängt VKÖ	15
- Leserbrief	15
- BdK-Führung in Wien	15
- Veranstaltungen	16
- Ehrungen verdienter Freunde und Mitglieder des VKÖ	16

kriminalität

Blitzraub	21
-----------	----

reform

Die Wiener Polizei im Jahrzehnt der alliierten Besatzung	23
--	----

kommentar

Gedanken zum letzten Weg des Werner Kucera	29
--	----

mix

- Detektive: Ein Berufsstand in der Krise	30
- VKÖ unterstützt Prävention	30

USA: Black Box für PKW

Das US-Verkehrsministerium hat einen Plan vorgestellt, eine Black Box für PKWs ab September 2014 vorzuschreiben. Die sogenannten Event Data Recorders (EDRs) sollen demnach zusätzliche Informationen über die Augenblicke vor Unfällen liefern, so die Rekonstruktion des Hergangs erleichtern und damit letztendlich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen. Die Idee solcher Unfallschreiber wird auch in Europa diskutiert, doch geben sich Experten teils sehr skeptisch ob solcher Systeme.



USA: Marihuana legal



Die US-Bundesstaaten Colorado und Washington haben entschieden, dass sie Marihuana legalisieren wollen. So soll die Zahl der Gefängnisinsassen und damit auch die Kosten für den Staat gesenkt werden, während gleichzeitig eine neue lukrative Steuereinnahmequelle geschaffen wird. Auch das Geschäft mit medizinischem Marihuana, das dank teils großzügiger Auslegung ebenfalls Millionen in die Kassen spült, erfreut sich steigender Beliebtheit. Ob die geplante Legalisierung in Washington und Colorado überhaupt durchsetzbar ist, wird sich erst weisen. Nach Bundes-Recht bleibt die Substanz nämlich verboten. Die Regierung in Washington D.C. könnte sich immer noch querstellen. Allerdings hat die Marihuana-Industrie mittlerweile auch eine starke Lobby.



Chile: Software entlarvt Lügner

Trotz der Kontrolle durch Millionen von Nutzern verbreiten sich immer wieder Falschmeldungen beim Kurznachrichtendienst Twitter. Ein neuer Algorithmus, der von Forschern aus Chile entwickelt wurde, verspricht Abhilfe. Die Software kann Tweets anhand von 16 Kriterien auf ihren Wahrheitsgehalt hin prüfen. Analysiert werden unter anderem das bisherige Verhalten des Urhebers sowie sprachliche Merkmale, die auf eine Lüge schließen lassen könnten. Bei ersten Tests machte der Algorithmus eine gute Figur. Die Ergebnisse der Wissenschaftler werden in diesem Jahr veröffentlicht.

Japan: Roboter-Einsätze bei Katastrophen

Im japanischen Fukushima wurden nach dem starken Erdbeben im März 2011 Roboter zur Bewältigung der Katastrophe benutzt. In den Folgemonaten wurden mehrere Maschinen für Messungen innerhalb des zerstörten Kernkraftwerks eingesetzt, die zusätzlich Proben für Untersuchungen mitbrachten. Die Wiederherstellung der Stadt wird auf weitere 30 bis 40 Jahre geschätzt. Roboter halten größere Strahlungswerte als der Mensch aus. Sie sind auch dort einsetzbar, wo Menschen gewissen Bedingungen nicht ausgesetzt werden sollten. Das Problem bei Robotern ist, dass sie eine klar definierte Aufgabenstellung benötigen. Sie sind keineswegs "allseitsbereit", Es gibt daher mehrere Bereiche, in denen die Maschinen zu Hilfe gezogen werden. "Es gibt unter anderem den sogenannten 'Big Dog', der als Transportmittel auf unwegsamem Gelände fungiert.

Spanien: Fernseh-System observiert Zuschauer

Der Mobilfunkanbieter Verizon <http://verizon.com> plant die Entwicklung eines Beobachtungssystems in Privathäusern: einen im Fernseh-Gerät eingebauten Detektor, der sämtliche Aktivitäten der Zuseher aufzeichnet und so individuelle Werbung gestaltet. Das System beinhaltet Kameras, Mikrofone und Wärmesensoren, womit allerlei Tätigkeiten wie essen, kuscheln oder streiten wahrgenommen werden. Der Rezipient erhält daraufhin eine auf ihn abgestimmte Werbung. Das Produkt gibt es jedoch noch nicht am Markt. Das Überwachungs-System erkennt zusätzlich bestimmte gesprochene Wörter wieder, mit denen jeweilige Werbe-Produkte in Verbindung gebracht werden. Ein Beispiel für solch eine Funktion ist ein fröhlich singender oder pfeifender Nutzer. Der Detektor erkennt, dass die Person in einer guten Stimmung ist. Mindestens ein Werbe-Produkt wird ihm daraufhin vorgestellt, das eine fröhliche Zielgruppe verfolgt.



Der Atlas geheimnisumwittert



Sie agieren verumumt, ihre Gesichter sind unbekannt. - Die Namen ihrer Einheiten sind geheimnisumwittert. Was sie tun, gibt Stoff für Legenden – die Special Forces.

Es war ein dramatisches Ereignis, das zur Gründung der ersten antiterroristischen Spezialeinheit der Polizei in Europa führte. Bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München wurden israelische Sportler von palästinensischen Terroristen als Geiseln genommen. Das Ergebnis: 11 tote Geiseln, ein toter Polizist und fünf tote Terroristen. Man war sich einig, gegen Gruppen mit einem derart hohen Aggressionspotenzial konnte man nicht Polizisten ohne Spezialausbildung einsetzen. Deutschland reagierte prompt und bereits am 13. September 1972 stimmte die Innenministerkonferenz dem Vorschlag des damaligen Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher zu, eine Antiterror-Einheit ins Leben zu rufen. Ihr Name – GSG 9 – sollte Legende werden, ihr Ruf durch die Erstürmung eines entführten Flugzeuges in Mogadischu, weltweit bekannt.

Entwicklung in Österreich

Das Szenario von Terrorattentaten war natürlich nicht alleine auf Deutschland beschränkt und so dauerte es nicht lange und auch andere europäische Staaten entschlossen sich, gleichartige Einheiten aufzustellen. Es folgte 1974 in Belgien das „Directorate of Special Units (DSU)“ und in Frankreich die „Groupe de Intervention de la Gendarmerie Nationale (GIGN)“. In Österreich sorgte ebenfalls ein Terroranschlag zur Gründung einer Spezialeinheit. Es war die Geiselnahme durch schwer bewaffneten palästinensischen Terroristen der „El Saika“ am Grenzbahnhof Marchegg am 28. September 1973.

Das bereits 1973 gegründete „Gendarmeriekommando Bad Vöslau“ wurde umorganisiert, dem Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit unterstellt und zum „Gendarmeriebegleitkommando Wien“ umgetauft. Noch war die Einheit aber keine Antiterrorereinheit im heutigen Sinne, denn ihre Aufgaben waren beschränkt. Den entscheidenden Impuls gab die Entführung der Lufthansa-Maschine Landshut nach Mogadischu. Die GSG 9 zeigte, dass speziell geschulte und trainierte Polizeibeamte sehr wohl eine scharfe Waffe gegen Terroristen sein konnten. Über Initiative des damaligen Innenministers Erwin Lanc wurde das „Begleitkommando“ auf 127 Mann

ATLAS

Der Name des Antiterrornetzwerkes „Atlas“ ist keine Abkürzung, sondern bezieht sich auf den Titanen aus der griechischen Mythologie, der den Himmel auf seinen Schultern trägt.

personell verstärkt und reihte sich unter den Namen „Gendarmerieeinsatzkommando (GEK)“ mit 1. Jänner 1978 in die Reihe der europäischen Spezialeinheiten ein. 1992 erhielt das GEK ein modernst ausgestattetes, funktionelles Sicherheitszentrum in Wr. Neustadt, wo es heute noch stationiert ist. Der eigentliche Vollbetrieb des GEK mit vier Standorten (Wr. Neustadt, Graz, Linz, Innsbruck) und drei weiteren operativen Außenstellen wurde mit 1. Juli 2002 bzw. 1. Jänner 2003 aufgenommen. Im Zuge des Projekts „Team04“ wurde, noch vor den übrigen exekutiven Einheiten, das Polizeieinsatzkommando (PEK) der Alarmabteilung Wien, dem GEK eingegliedert. Der Name wurde auf „Einsatzkommando Cobra“ geändert und, was noch wichtiger war, es war nunmehr österreichweit einsetzbar. Mit einem Personalstand von 430 Mann (2011) und weiteren fast 1.100 Beamten, die die Ausbildung zwischen 1978 und 2010 absolviert hatten, ist Österreich auf diesem Gebiet sehr gut aufgestellt. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die österreichische Truppe international als auf höchstem Niveau bezeichnet wird. Nicht nur das, das EKO Cobra (damals noch als GEK) war führend in der Einführung von s.g. Air Marshals. Bereits 1981 wurde eine Kooperation zwischen Innenministerium und den Austrian Airlines zur Sicherung von Linienflügen abgeschlossen. Nach den Anschlägen von 9/11 interessierten sich mehrere europäische Länder für das Konzept aus Österreich. Selbst der US-Justizminister John Ashcroft interessierte sich für die österreichische Variante der Flugzeugbegleitung. Wahrscheinlich kann die Cobra auch als einzige Spezialeinheit auf eine verhinderte Flugzeugentführung noch während des Fluges verweisen: 1996 wurde die Entführung einer Aeroflot-Maschine durch Cobra-Air-Marshals noch im Flug verhindert und der Hijacker überwältigt.

Wer denkt, die Beamten der Cobra

verbringen ihren Tag nur mit Übungen, obwohl dies auch zum täglichen Training gehört, der irrt. 3.500 exekutive Dienstverrichtungen werden jährlich als Arbeitsnachweis vorgelegt. 1.000 x wurden gefährdete Personen geschützt (2010: 805), 800-900 x rückt die Cobra zur Unterstützung anderer exekutiver Einheiten aus, ca. 500 Festnahmen (2010: 431) ergeben sich jährlich daraus. An die tausend Flüge werden jährlich von Cobra-Air-Marshals begleitet. Die Begleitung von Transporten der Nationalbank und der Einsatz von Tauchern ergänzen das Einsatzprogramm. Erwähnenswert ist vielleicht, dass der Auslandseinsatz, bedingt durch den arabischen Frühling, zugenommen hat. Der Schutz von Botschaft und Personal fällt ebenfalls in den Aufgabenbereich der Cobra-Männer.

Internationale Zusammenarbeit

Nach und nach wurden in sämtlichen europäischen Staaten Special Forces gegründet. Recht uneinheitlich waren jedoch der Standard, die Organisation und die Zusammenarbeit mit militärischen Sondereinheiten. So wird vor allem in den Mittelmeerländern die Zu-

sammenarbeit auf maritimem Gebiet von den polizeilichen Sondereinheiten gemeinsam mit militärischen forciert. Die niederländische DSI hat in ihrer Truppe überhaupt Polizisten und Militärs gemeinsam. Es war allen beteiligten Polizeiführern klar, dass es mit der Zeit einen gemeinsamen Standard geben muss und auch eine gewisse Kooperation, denn auch der Terrorismus agiert nicht national, sondern international. Es dauerte bis 1996, bis diese polizeiliche Notwendigkeit der Kooperation ihre völkerrechtliche Grundlage bekam. In diesem Jahr entschied der Rat der Europäischen Union, ein Antiterror-Kompetenznetzwerk zu schaffen. Dies gilt als Geburtsstunde des Atlas-Verbundes. Es dauerte aber bis 2001, bis das erste Treffen der Kommandeure der Special Forces in Europa stattfand. 2005 wurde in Brüssel die „Internal Ruls-Konvention“ erlassen. Die eigentliche Rechtsgrundlage wurde aber erst 2008 mit einem EU-Ratsbeschluss besiegelt.

Rechtliche und politische Beschlüsse sind die eine, die eigentliche polizeiliche Arbeit eine andere Ebene. Die wesentliche Aufbauarbeit von Atlas wur-

Präzisionsschütze



de von der GSG 9 (Deutschland), EKO Cobra (Österreich), GIGN (Frankreich), DSU (Belgien) und DSI (Niederlande) geleistet. Diese Einheiten führen auch heute noch fünf Arbeitsgruppen für einen speziellen Aufgabenbereich. Die Cobra entwickelt vor allem Konzepte für die Aufklärung, den Einsatz in Gebäuden und die Vorgangsweise bei Geiselnahmen. GIGN ist vor allem für den taktischen Einsatz von Waffen und für das Präzessionsschießen verantwortlich und für Techniken beim Einsatz in Flugzeugen. Die GSG 9 leitet den Arbeitsbereich „Naval“, der sich vor allem mit maritimen Problemstellungen befasst. Die DSU befasst sich vorwiegend mit Zugangs- und Öffnungstechniken. Eine weitere französische Spezialeinheit RAID beschäftigt sich vorwiegend auf dem Gebiet Transport und Eisenbahnen, dies deshalb, weil in ihre Kompetenz die Bahnstrecke unter dem Ärmelkanal Frankreich - England fällt. Die Niederländer der DSI haben sich auf

Verhandlungsgruppen spezialisiert. Neben diesen speziellen Arbeitsgebieten wurden Expertengruppen gebildet, die betroffene Staaten bei terroristischen Anschlägen unterstützen.

Mit 2012 sind 36 Spezialeinheiten aus 27 EU-Staaten Mitglied des Atlas-Verbundes. Die größere Zahl an Spezialeinheiten gegenüber den Staaten erklärt sich daraus, dass Staaten wie Frankreich, Rumänien, Spanien und Deutschland mehrere Spezialeinheiten haben. Mitglied kann grundsätzlich nur eine Spezialeinheit eines EU-Staates werden, deshalb sind jene aus der Schweiz und Norwegen nicht Mitglied, sondern nur Kooperationspartner. Dies auch deshalb, weil die EU Atlas mit ca. einer Million Euro pro Jahr mitfinanziert.

Atlas in der Praxis

Die Vorstellung dass, Atlas so etwas wie eine international tätige Einheit sei, ist falsch. Ziel des Verbundes ist vor allem eine Erhöhung der Professionalität der

Einsatztraining - Sicherung



Einsatztaucher

Einheiten, eine Vereinheitlichung der Ausrüstung und der Einsatzverfahren, sowie die Einführung von gemeinsamen Standards. Atlas arbeitet somit auf der strategisch, taktischen Ebene. Die operative Ebene wird weiterhin von den einzelnen nationalen Einheiten belegt.

Ein wesentliches Mittel zur Erreichung des Zieles sind gemeinsame Großübungen. So wurde im September 2007 die „Operation Octopus“ mit 300 Beamte aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Schweden und Spanien abgehalten. Die Übung fand im Hafen von Ostende statt und simulierte die Einnahme einer gekaperten Fähre. Im Mai 2010 veranstaltete die GIGN eine Einsatzübung an der 32 Atlas-Einheiten teilnahmen. Trainiert wurde der Einsatz in Großraumflugzeugen.

Die nächste europaweite Übung wird im April 2013 stattfinden. Die „Atlas Common Challenge (ACC 2013)“ wird an mehreren (vermutlich 9) Plätzen in Europa abgehalten und von der Brüsseler Zentrale aus koordiniert. Die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström wird, sozusagen

als politisch verantwortliches Ratsmitglied, den Übungsablauf beobachten. Österreich hat die Aufgabe übernommen, mit vier weiteren Einheiten eine Übungsannahme in Österreich durchzuspielen.

Übungen sind natürlich nur der sichtbare Teil des Atlas-Konzeptes. Es zählen vor allem auch der Erfahrungsaustausch,

Fortbildung und die Einsatzmittelerprobung. Schlussendlich beteiligt sich Atlas an Forschungsprojekten. Der Vorsitz des Atlas-Verbundes wechselt regelmäßig, seit Oktober 2012 liegt die Führung in den Händen von Olaf Lindner, dem Kommandeur der GSG 9.

• Richard Benda



SWAT

Für das Militär war es schon seit der Antike selbstverständlich, Sonderlagen erfordern spezielle Einheiten. Bei der Polizei dauerte diese Erkenntnis etwas länger, erst Anfang des 20. Jahrhunderts kam es zur Gründung spezieller, taktischer Einheiten für besonders gefährliche Einsätze.

Wie viele Trends begann auch die Entwicklung von Sondereinheiten in den USA. 1925 stellte das New Yorker Police Department eine Einheit mit dem Namen „Emergency Service Unit“ auf, sie gilt allgemein als der Urvater der polizeilichen taktischen Sondereinheiten. Es dauerte aber 40 Jahre und bedurfte blutiger Rassenunruhen, bis es zur Entwicklung einer Einheit kam, die man tatsächlich als Vorläufer der heutigen Special Forces bezeichnen kann. Als es 1965 in Los Angeles zu Rassenunruhen kam, konnte erst die Nationalgarde die Ordnung wieder herstellen, nicht unbedingt ein Ruhmesblatt für die das LAPD. Die Lehren aus den Unruhen und die Zunahme der Kriminalität mit Waffen, aber vor allem die Gangkriminalität führten zu einem neuen Konzept. „Special weapons and tactics“ kurz SWAT war die Bezeichnung dieser kleinen, gut trainierten und aufeinander abgestimmten Polizeieinheit. Die erste SWAT-Einheit, die 1967 gegründet wurde, bestand aus 15 Mann, die in Teams zu vier Mann operierten. Wesentlicher Unterschied zu den heutigen Spezialeinheiten war aber, dass diese Teams nur zu Sonderlagen einberufen wurden, sonst aber normal ihren Dienst versahen. Interessant, dass man damit rechnete, dass diese Teams bei Unruhen Polizeistationen verteidigen müssten, sie wurden daher nicht nur SWAT, sondern auch als „Station Defense Teams“ bezeichnet. Die erste große Bewährungsprobe für SWAT kam 1969. Bei einem mehrere Stunden dauernden Feuergefecht mit der Terrorgruppe „Black Panthers“ kamen 40 Beamte zum Einsatz. 1971 kam man zu der Erkenntnis, dass die SWAT-Teams jederzeit verfügbar sein müssten, was bei einer Dienstversehung auf verschiedenen Polizeistationen nicht gewährleistet war. SWAT wurde selbstständig und der Metropolitan Division zugeordnet.

Ein US-Bundesstaat nach dem anderen, eine Polizeieinheit nach der anderen, gründete eine entsprechende Einheit, heute haben 90% der Polizeibehörden in Städten über 50.000

Einwohner ein oder mehrere SWAT-Teams. Selbst das FBI kann zwischenzeitlich auf ein SWAT-Team zurückgreifen.

Die Idee von schnellen Eingreifteams wurde durch das Attentat bei den olympischen Spielen in München 1972 nach Europa exportiert, doch entschied man sich hier für eine andere Art der Organisation, doch darüber lesen Sie mehr im Hauptartikel.

Eines haben die SWAT-Teams in den USA und die Sondereinheiten in Europa gemeinsam: Alleine ihre Anwesenheit führt häufig zu einer Deeskalation der Gewalt, denn jeder Verbrecher weiß, dass er gegen diese Spezialisten für hochbrisante Fälle keine Chance hat.



EIN RÄTSEL FÜR DIE KRIPO

Wann und wo wurde die erste Mordkommission gegründet?

Wer es weiß und uns die Lösung unter:

sekretariat@kripo.at

mitteilt, hat die Chance auf einen Buchpreis, der unter allen richtigen Lösungen verlost wird. (Wer noch kein Internet besitzt, kann die Lösung natürlich auch schriftlich an unser Büro (1090 Wien, Müllnergasse 4/8) senden.

Und alle die es nicht wissen, erfahren es in der Ausgabe April von kripo.at



Ordnungshüter im Heer

Am 1. Oktober 2007 wurde das Kommando Militärstreife & Militärpolizei als Spezialverband des Österreichischen Bundesheeres neu aufgestellt und damit die Neuausrichtung der militärischen Ordnungstruppe eingeleitet.

Militärische Landesverteidigung, Hilfe bei Naturkatastrophen und, bei Bedarf als Assistenzaufgabe für die Exekutive im Inland, Schutz von Einwohnern und Einrichtungen – das Bundesheer ist die bewaffnete Streitmacht der Republik Österreich. Nach Mobilmachung verfügt es über eine Gesamttruppenstärke von rund 55.000 Personen. Den Großteil repräsentieren die Landstreitkräfte. Mit dem Kommando Militärstreife & Militärpolizei (KdoMilStrf&MP) verfügen die Landstreitkräfte des Bundesheeres auch über Soldaten der Ordnungstruppe.

Soldaten als Ermittler

Derzeit umfasst der Verband in Summe 372 Bedienstete – ausschließlich Offiziere und Unteroffiziere. „Nachdem wir gerade im Aufbau sind, haben wir derzeit einen Besetzungsgrad von etwas über 82 Prozent“, erklärt Oberst Franz Baumgartner, Kommandant MilStrf & MP. Davon sind 335 Soldaten Militärpolizisten und 29 von diesen wiederum sind auch

ausgebildete Sonderermittler. Sie verfügen über spezielle polizeiliche Kenntnisse, sind also die Kriminalpolizei im Heer direkt vor Ort. Zahlreiche Einsätze bei nationalen und internationalen Vorfällen zeigen den hohen Bedarf an diesen Spezialisten. Doch international sind sie kaum vorhanden.

Da die Ausbildungs- und Zertifizierungskompetenz für klassische Polizeiaufgaben in der Verantwortung des Bundesministeriums für Inneres liegt, findet die Ausbildung zu Sonderermittlern in der Sicherheitsakademie bzw. anderen Bildungszentren des BMIs statt.

„Sobald ein Militärstreifensoldat oder Militärpolizist für einen Auftrag die Kaserne verlässt, ist er im Einsatz“, weiß Oberst Baumgartner. „Auf Dauer sind das natürlich physische und psychische Belastungen. Diese Belastbarkeit schauen wir uns an.“ Ein Bewerber muss aber auch ein bestimmtes Maß an Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen – auch gegenüber einem Ranghöheren – aufweisen.

Ob dem so ist, wird im Zuge eines einwöchigen Auswahlkurses geprüft. Ihn hat jeder Bewerber, unabhängig vom Dienstgrad und der bisherigen Verwendung, zu absolvieren.

Die Anmeldung erfolgt über den Dienstweg. Die Ausfallsquote liegt bei ca. 60 Prozent bei denjenigen, welche zum Auswahlverfahren zugelassen werden.

Ordnungstruppe

Das Kommando Militärstreife & Militärpolizei ist die Ordnungstruppe des Österreichischen Bundesheeres, ist dem Streitkräfteführungskommando direkt unterstellt und hat seinen Sitz in der Wiener Maria-Theresien-Kaserne.

Es ist in der Lage, seine Aufgaben sowohl im Inland, als auch bei internationalen Einsätzen unter Aufbietung von Spezialisten zu bewältigen. Innerhalb von fünf Tagen können die Soldaten als Kader-Präsenzeinheit (KPE) weltweit zum Einsatz kommen. Für Einsätze in ganz Österreich stehen sie rund um die Uhr bereit.



Hauptmann Mag.(FH) Wolfgang Koller (Lehroffizier MilStrf&MP-Ausbildung), Oberst MSD Franz Baumgartner (Kommandant MilStrf&MP) und Stabswachtmeister Josef Ehrenreich (Österreichischer Sonderermittler)

Der Verband besteht aus dem Kommando MilStrf&MP, der Lehrabteilung und dem Personenschutzelement in Wien, sowie aus den Einsatzeinheiten in Wien, Graz und Salzburg.

„Unsere Aufgaben umfassen im Wesentlichen den militärischen Eigenschutz“, sagt Oberst Baumgartner. Dazu zählen im Inland – wo das Kommando als Militärstreife auftritt – Eskorten, Personenschutz, Ermittlungen innerhalb der Streitkräfte oder Fahndungen nach unerlaubt abwesenden Soldaten.

Sicherheitskontrollen

Im Rahmen von Dienstkontrollen werden das diensthabende Personal und deren Dienstdurchführung überprüft. Durch Sicherheitskontrollen von militärischen Bereichen sollen Sicherheitslücken erkannt und geschlossen werden.

So werden im Rahmen des Schutzdienstes militärische Rechtsgüter vor drohenden oder gegenwärtigen Angriffen geschützt. Hierzu zählen etwa die Absicherung von Gebäuden, der Begleitschutz von Personen und Transporten sowie die Überwachung von Verkehrslinien und Checkpoints. Zudem verfügt das Kommando in den Sonderaufgabengruppen seiner Einsatzeinheiten auch über Hundeführer. Speziell für die Suchtmittel- und Sprengstoffsuche ausgebildete Hunde unterstützen die Einsatzführung. „Das sind die Aufgaben der Militärstreife

und Militärpolizisten. Wenn es notwendig ist, kommt der Sonderermittler im Ermittlungsdienst zum Einsatz“, erklärt Oberst Baumgartner. „Jeder dieser Ermittler ist ausgebildeter Militärpolizist.“ Seit der Neuausrichtung der militärischen Ordnungstruppe im Oktober 2007 verfügt der Spezialverband damit über eine neue Fähigkeit: Innerhalb der Auslandsaufgabe werden nun auch Exekutivaufgaben wahrgenommen – inklusive kriminalistischer Untersuchungen.

Neue Fähigkeiten

Im Ausland können Erhebungen, Tatarbeiten und Spurensicherungen oder Suchtmittelkontrollen fachmännisch ausgeführt werden. „Ihre Aufgabe ist es vor allem, die komplette forensische Aufnahme durchzuführen“, erklärt StWm Ehrenreich. „Ein Vorfall, sei es nun ein Diebstahl, ein Sexualdelikt, ein Suchtmittelfund oder ein Todesfall, wird von den Sonderermittlern von Beginn an bis zum Ende aufbereitet. Das ist etwas anders als bei der Bundespolizei.

Wir sehen einen Tatort von Beginn an, starten die Befragungen, führen die komplette Spurensicherung durch, um das Ganze aktenkundig zu machen und für die Disziplinarbehörde und in weiterer Folge für die Staatsanwaltschaft – sofern von dieser eine Anforderung vorliegt – aufzuarbeiten.“

Die Sonderermittler des Kommandos

MilStrf&MP werden also erst auf Anforderung aktiv. Der Grundstein wird gelegt. Denn im Inland verfügen Militärangehörige über keine exekutiven Rechte. „Diese Fähigkeit haben wir ausschließlich für Aufgaben im Rahmen des Auslandseinsatzes aufgebaut“, sagt Oberst Baumgartner.

Militärpolizei im Ausland

im Ausland tritt das Kommando als Militärpolizei auf und deckt neben der Verantwortlichkeit für Sicherheit und Ordnung innerhalb des Kontingents aber sehr wohl Polizeiaufgaben ab. Diese Aufgabe nehmen österreichische Soldaten der MilStrf&MP seit Februar 2011 im Kosovo wahr. Sie arbeiten hier als Teil der „Multinational Specialized Unit“ (MSU). Das Konzept wurde von der NATO im Zuge der Operationen am Balkan ab 1998 entwickelt. Als militärische Kräfte sollten MSU-Einheiten auch über spezielle polizeiliche Fähigkeiten verfügen.

Die österreichischen Soldaten nehmen im Einsatzraum Kosovo vor allem zivilpolizeiliche Aufgaben wahr.

Bis dato ist dies die zahlenmäßig stärkste Beteiligung in einem Auslandseinsatz seit Aufstellung der Ordnungstruppe im Bundesheer.

Doch bedeuten vor allem kriminalistische Ermittlungen in einem Krisengebiet Einsätze mit besonderem Gefährdungsgrad.

(Fortsetzung auf Seite 19)



Für jeden Einsatz die passende Ausstattung: Vom Spurensicherungskoffer über Nachtsichtgeräte, Wärmebildkameras und Abwehrsprays bis hin zu Utensilien für Drogentests

Innenministerin empfängt VKÖ

Das gute Verhältnis der VKÖ mit dem Innenministerium zeigte sich am 26. November 2012- die Bundesministerin für Inneres Dr. Johanna Mikl-Leitner empfing Präsident Richard Benda und das Mitglied des Vorstandes Franz Schuster. Im Zuge des anregenden Gespräches über aktuelle Probleme, wurde der Innenministerin auch das erste Exemplar unserer Präventionsbroschüre „Mit List & Tücke – so arbeiten Kriminelle“ übergeben. Die Ministerin dankte den Vertretern der VKÖ für ihre Arbeit, vor allem im Bereich der Schulung und Präventionsarbeit.



BdK-Führung in Wien

Die Achse Deutschland – Österreich ist auf allen Ebenen freundschaftlich und stabil, so auch die zwischen dem „Bund Deutscher Kriminalbeamten (BdK)“ und der „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“. Um die Zusammenarbeit auch 2013 weiter zu gestalten und gemeinsame Themen zu erörtern, besuchte Mitte Dezember eine hochrangige Delegation der deutschen Brudervereinigung Wien. Die Delegation wurde von BdK-Vorsitzenden Andre Schulz (Hamburg) angeführt, der in Begleitung der Generalsekretärin Helga Nickel (Berlin), dem Landesleiter von Niedersachsen Ulf Küch (Braunschweig) und dem Stv. Schatzmeister Jens Büttner (Kiel), in die Vereinigung kam. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass gewisse Themen (z.B. Veränderung der Kriminalität durch Veränderung der Demoskopie) von beiden Organisationen verstärkt behandelt werden soll. Die Erfahrungen der deutschen Kollegen wird die VKÖ auch in Österreich verwerten.

Leserbrief:

Mit dem Kriminaldienst identifizieren

Herzliche Gratulation zum Inhalt und Ablauf der Vollversammlung des VKÖ. Der Rückblick auf das Jahr 2012 war hoch interessant, vor allem die vielen Veranstaltungen, die zur Wissenserweiterung der Kollegen des Kriminaldienstes beitragen. Auch die angedachten Aktivitäten für 2013 sind toll. Gedanken machte ich mir über die bescheidene Anzahl der Mitglieder des VKÖ. Zum „Bildungsauftrag des VKÖ“ beeindruckte mich besonders, wo unter anderem der für mich wichtige Punkt einer eigenständigen Ausbildung des Kriminaldienstes aufscheint, das ist wichtig.

Nicht jedem Mitglied des VKÖ ist bekannt, dass ich mehr als ein Jahrzehnt Mitglied der „Auswahlprüfungskommission für Kriminalbeamte“ war. In dieser Zeit war ich in verschiedenen Polizeidirektionen unterwegs, um die schriftlichen Prüfungen jener Beamten abzunehmen, die ihr Interesse für den Kriminaldienst bekundet hatten. So ergaben sich im Lauf eines Prüfungstages immer wieder Gespräche mit dem einen oder anderen Kandidaten. Es war oft berührend, wie sich manchen Kollegen schon zu diesem Zeitpunkt mit dem Kriminaldienst identifizierten. Der Vollständigkeit halber möchte ich bemerken, dass den Mitgliedern der Kommission (wie auch Kollegen Mimra) die anonym gehaltenen Arbeiten auch zur Korrektur und Bewertung vom BMI zugewiesen wurden.

Für mich bedeutet „identifizieren mit dem Kriminaldienst“, dass ich nicht vormittags in Uniform Verkehrsdienst mache und nachmittags in Zivil kriminalpolizeilich unterwegs bin. Das kann nicht gutgehen. In meiner Dienstzeit in der BPD Schwechat wurde ich von der Schwechater Partnerstadt Gladbeck zum Besuch der dortigen Gemeindeeinrichtungen, insbesondere der Polizeidirektion eingeladen. Ein dortiger Kollege in führender Position ersuchte mich, die Strukturen der österreichischen Polizei darzustellen. Erstaunt hörte er mir zu, als ich ihm die getrennte Organisation der uniformierten Beamten und jene der Kriminalbeamten darstellte. Ich werde den Satz „Seien sie froh über die getrennte Organisation“ nie vergessen, wir hatten das auch einmal. Einige Beispiele untermauerten mir seine Aussage und gaben unserer damaligen Organisation recht. Dazu möchte ich bemerken, dass in meiner Zeit die Zusammenarbeit mit den uniformierten Kollegen – wo immer ich auch war – von gegenseitiger Achtung und Verständnis geprägt war. Vielleicht wird die Ankündigung, eine eigenständige Ausbildung des Kriminaldienstes umzusetzen, wahr. So glaube ich auch, wird die Mitgliederzahl des VKÖ wieder steigen. Ausgebildete Kriminalbeamte als solche, die sich mit dem Job „identifizieren“, werden mit Sicherheit zu einem Anstieg der Mitglieder der VKÖ beitragen.

Brigadier i.R., Robert Eybl

**IMPRESSUM****Eigentümer und Herausgeber:** Vereinigung Kriminaldienst Österreich

A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133

E-Mail: redaktion@kripo.at

Präsident: Richard Benda**Chefredakteur:** Prof. Josef W. Lohmann**Redaktionssekretariat:** Birgit Eder**Gestaltung:** Christian Doneis**Mitarbeiter:** Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Ludwig Hinterköner, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Mag. Manfred Zirnsack, Mag. Max Edelbacher, Helmut Bärtl, Peter Grolig, Frank Dieter Stolt**Redaktionsadresse:**Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at

Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten	Andreas Bandion, niederosterreich@kripo.at
	Wr. Neustadt	Leopold Just, wrneustadt@kripo.at
Oberösterreich:	Linz	Helmut Kaiser, oberosterreich@kripo.at
	Wels	Martin Müllner, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Innsbruck	Wolfgang Knöpfler, tirol@kripo.at
Vorarlberg:	nicht besetzt	sekretariat@kripo.at



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3. **Verlags- und Herstellungs-ort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz. **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.

Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606

„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at

Veröffentlichung nach Pressegesetz.



Unsere Kooperationspartner



WIENER UND LINZER MITGLIEDER-TREFFS

„MITGLIEDERTREFF DER WIENER“

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr

Gasthaus „d'Landsknecht“

Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

„MITGLIEDERTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab
15.00 Uhr

Polizei-Sportbuffet,

Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPO STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

TODESFÄLLE



Ernst Amerstorfer
Krenglbach
im 80. Lebensjahr

Franz Blasko
Wien
im 93. Lebensjahr

Werner Kucera
Wien
im 70. Lebensjahr

Johann Schnabl
Gmünd
im 82. Lebensjahr

Gustav Wehofer
Mattersburg
im 90. Lebensjahr

TERMINE

27. Februar 2013

Bezirksvorsteherung Meidling
1120 Wien, Schönbrunnerstrasse 259
Präventionsveranstaltung :
„So arbeiten Kriminelle“

15. und 16. April 2013

1090 Wien Müllnergasse 4/8

17. April

Linz
Tagesseminar
„Briefbomben“
Vortragender Frank D. Stolt

Ehrung verdienter Freunde und Mitglieder des VKÖ



Anlässlich der Vollversammlung 2012 wurden mit unserer
Ehrenplakette geehrt:

Walter Thurner, *Vorstandsmitglied des BdK.*

Johann Wengenmeir, *Vorsitzender der Sektion Bayern des BdK.*

Die deutschen Kriminalisten Thurner und Wengenmeir sind die Protagonisten der Verbindung VKÖ – BdK und haben wesentlich zu der freundschaftlichen Beziehung zwischen deutschen und österreichischen Kriminalisten beigetragen.

Maria Lukas, *Lehrgangsheiterin „Security and Safety-Management“ an der Donau-Uni-Krems.*

Frau Lukas war führend an der Gründung der Partnerschaft zwischen Donau-Uni und VKÖ beteiligt.

Rupert Fehringner, *Leiter der SIAK – Traiskirchen.*

General Fehringner gehörte zu den ersten Förderern der VKÖ und hat wesentlich für menschliche Bedingungen innerhalb der Exekutive beigetragen.

Willibald Plenk, *Oberst und Mitarbeiter der Redaktion*

Oberst Plenk arbeitet seit Jahren an unserer Zeitschrift kripo.at mit und steht der Vereinsleitung mit Rat und Hilfe zur Verfügung.

Herbert Zwickl, unterstützt seit Jahren die Redaktion von kripo.at durch Recherchen und Hinweise zu wichtigen Themen

Walter Rabl, *ehemaliger Gruppenführer im Sicherheitsbüro*
Walter Rabl ist ein Urgestein des Kriminaldienstes mit unzähligen Verdiensten für das Image und die Wertigkeit des Kriminaldienstes. Er wurde für seine langjährige kriminalistische Arbeit geehrt.

„Es ist schon eine besondere Herausforderung, unter Sicherung eines Zugs oder einer Kompanie, eine aussagekräftige Spurensicherung an einem Ort durchzuführen, wo Tage, vielleicht Stunden zuvor ein Schießgefecht stattgefunden hat“, weiß StWm Ehrenreich. „In manchen Gebieten wissen wir genau, Ermittlungen sind unerwünscht. Dennoch müssen wir so rasch als möglich die forensischen Aufnahmen durchführen, einzelne Spuren sichern, aber immer mit dem Blick nach außen, zur eigenen Sicherheit.“

70 Militärpolizisten im Ausland

Ca. 70 Militärpolizisten sind derzeit permanent im Ausland – 34 im Kosovo, 9 in Bosnien, unter anderem als Personenschutz für den Kommandanten aller Truppen vor Ort, 11 auf den Golanhöhen. „17 Militärpolizisten gibt es noch im Rahmen der Battlegroups der Europäischen Union.

Sie müssen im Extremfall bereit sein, innerhalb von 5 Tagen eingesetzt zu werden.“

Als Grundregel gilt die Sechs-Monats-Rotation für Auslandeinsätze. Aufgrund der hohen Anzahl an Militärpolizisten im Ausland kann aber bereits nach drei bis vier Monaten rotiert werden.

Fundierte Ausbildung

Die Grundausbildung entspricht der Fachausbildung zum Unteroffizier und erfolgt bei der Lehrabteilung der MilStrf&MP in Wien. Lehrinhalte sind unter anderem

Kontrollpunkt der Militärpolizei



Einsatzübung

waffenlose Selbstverteidigung, Waffen und Schießdienst, gesetzliche Bestimmungen, Ordnungs-, Fahndungs-, Sanitäts- und Verkehrsdienst, Eindring- und Zugriffstechniken, Grundlagen im Erhebungsdienst und ein Militärpolizei-Lehrgang, zur Wahrnehmung der Aufgaben im internationalen Umfeld.

Möglich sind Spezialisierungen etwa in den Bereichen Taktik und Zugriff, Observierung, Personenschutz, Evakuierung, Gefangenen- und Flüchtlingswesen. Aber auch die Ausbildung zum Hundeführer, Schießausbilder, Einsatzleiter, Kommando-Führer und Motorrad-Lotsen steht zur Auswahl.

Internationale Kooperationen

Um für alle Eventualitäten – besonders bei Auslandeinsätzen – gerüstet zu sein, finden in den Bereichen Personenschutz,

Zugriff, Greiftruppe oder in Teilen von Einsatzerfahrungen internationale Ausbildungskooperationen etwa mit den italienischen Carabinieri oder den deutschen Feldjägern statt. Manche Kurse sind internationalen Absolventen zugänglich und werden in englischer Sprache abgehalten. Die Sprachausbildung ist Teil der Unteroffiziersausbildung.

Mit dem Dienstgrad Wachtmeister muss jeder Militärstreifensoldat und Militärpolizist Maturaniveau in Englisch haben. Soldaten mit Migrationshintergrund finden sich derzeit noch nicht im Verband. Der Frauenanteil liegt dafür bei knapp fünf Prozent.

Auszeichnung

In Zukunft wird auf internationale Vernetzung und zusätzliche Fähigkeiten gesetzt.

„Das Wichtigste für uns ist, dass wir in den NATO MP Panels und NATO MP-Chef Konferenzen vertreten sind“, sagt Oberst Baumgartner. „Dort sehen wir schon, wohin die internationale Entwicklung geht. Auch zeigen die aktuellen wie zukünftigen Konflikte, dass es zunehmend Polizeiaufgaben sind, die wir hier wahrnehmen.“ Aufgrund der hohen Einsatzrelevanz im In- und Ausland, sowie der gleichzeitigen Wahrnehmung der Aufgaben einer Waffengattungsschule erhielt der Spezialverband am 14. Dezember 2011 die Auszeichnung „Unit of the Year“.

• Mag. Julia Riegler, Herbert Zwickl

Blitzraub

Schreckgespenst der neuen Medien



Ein US-Sender nannte sie die „Schreckgespenster der neuen Medien.“ Gemeint sind „Flash robs“. Raubüberfälle, begangen fast ausschließlich von jungen Menschen, die sich über die sozialen Netzwerke – vor allem Twitter, aber auch Facebook oder per SMS – verabreden.

Ein US-Sender nannte sie die „Schreckgespenster der neuen Medien.“ Gemeint sind „Flash robs“. Raubüberfälle, begangen fast ausschließlich von jungen Menschen, die sich über die sozialen Netzwerke – vor allem Twitter, aber auch Facebook oder per SMS – verabreden. Sinn dieser Verabredung ist es, beispielsweise Modeboutiquen oder andere Läden heimzusuchen und sich dort nach Lust und Laune mit Dingen einzudecken. Der Begriff „Flash robs“ wurde geprägt in Anlehnung an ebenfalls über die sozialen Netzwerke organisierte Tanzvergnügen oder kollektive Besäufnisse, die unter dem Namen „Flash mobs“ Bekanntheit erlangt und überall Nachahmer gefunden haben. „Flash rob“ (etwa: Blitzraub) ist gegenwärtig noch ein nordamerikanisches Phänomen, aber man muss sich durchaus gewärtig sein, dass er Exportpotenziale hat.

Luke Cho, Betreiber eines Textilshops in Chicago, musste im Juli dieses Jahres tatenlos mit ansehen, wie Dutzende Teens in sein Geschäft spazierten, sich seelenruhig begehrte Bekleidungsstücke griffen – darunter bis zu 200 US-Dollar teure Jeans – und dann wieder verschwanden. Natürlich ohne den Umweg an die Kasse zu machen. Manche der Räuber zeigen keinerlei Scheu vor den Überwachungskameras. Wenn sich auch viele mit Kapuzenjacken tarnten, einige von ihnen waren bestens erkennbar. Da die Polizei zunächst keinen der „Flash robber“ erwischen konnte, stellte Cho die Videosequenz aus der Kamera auf YouTube ins Internet, in der Hoffnung die Täter zu identifizieren.

Den Besitzern und Angestellten der Geschäfte bleibt in diesen Schrecksekunden meist nicht viel mehr, als hilflos mit anzusehen, wie sich die Regale leeren. Bevor die Polizei eintrifft, ist oft schon wieder alles vorbei. „Flash rob“ ist eine Modeerscheinung, die im April 2011 in Washington DC begann, als rund 20 Personen in einen Shop für teure Jeans einfielen und sich mit Waren im Wert von 20.000 Dollar aus dem Staub machten. Auf teure Unterwäsche hatten es modebewusste Jung-Räuber in Georgetown abgesehen. Für einen „Flash rob“ auf eine Filiale von Walmart waren geschätzte 300 Jugendliche zusammengekommen.

Seitdem haben sich die virtuell organisierten Raubüberfälle rasch über die USA und Kanada ausgebreitet. Dabei haben die „Flash robber“ inzwischen ihre Ansprüche etwas herunter gefahren, sie finden inzwischen meistens in Mini-Märkten statt.

Die nationale Einzelhändler Vereinigung in USA (NRF) rät den Ladenbesitzern, um den Diebstählen vorzubeugen, sollten sie Beschäftigte in die Nähe der wichtigsten Bereiche und der wertvollsten Waren postieren. Eine wahrscheinlich wenig Erfolg versprechende Maßnahme, wenn man von Dutzenden Räubern bei „Flash robs“ ausgeht.

Dass es bei solchen Attacken fast nie zu Übergriffen kam und die Täter auf den Videoaufnahmen aufgedreht und amüsiert wirken, deuten Experten als Suche nach Abenteuer: „Junge Menschen sind risikofreudig und wenn sie sich selber auf Überwachungsaufnahmen auf YouTube oder in den Nachrichten sehen, gibt ihnen das einen Kick“, erläuterte Scott

Decker, Professor für Kriminologie. Dass manche „Flash robber“ vor den Überwachungskameras posieren und Grimassen schneiden, spricht für diese These.

Herauszufinden, wie solche Blitzraubzüge zu verhindern sind, sei schwierig, meint der Wissenschaftler Read Hayes, von der University of Florida. Er hat diesen neuen Diebstahls-Trend an mehr als 60 Unternehmen untersucht. Es handle sich bei dieser Raubform um ein Hordenverhalten, meint Hayes, „dem aber eine innere Einstellung vorausgehe.“ Auffällig ist bei dieser Form der Ladenräuberei, dass es zum Teil noch Kinder sind, die sich hier zu einem solchen Raubzug zusammenfinden. In Troutdale (US-Bundesstaat Oregon) war es mehr als 40 Kids, im geschätzten Alter zwischen 13 und 15 Jahren, die sich in einem Lebensmittel- und Getränke-Markt nach Belieben bedienten. In Philadelphia wurden sogar „Flash robs“ registriert, an denen elfjährige Jungs beteiligt waren.

Ein „Flash rob“ wurde nun auch aus Österreich gemeldet. Ende Juni 2012 hatten neun „Kunden“ in einem Einkaufsmarkt in Graz-Gries die Einkaufswagen vollgeladen, um dann an der Kasse vorbei den Laden fluchtartig zu verlassen. Schaden rund 150 Euro. Auch wenn die Tatausführung denen der amerikanischen „Flash robber“ ähnelt, ist es doch unwahrscheinlich, dass sich die Grazer Räuber per Twitter oder Facebook zusammengefunden hatten.

• Peter Niggel

KSÖ legt Cyberbericht vor



Der 27. November d. J. stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen Cyberkriminalität. Am Nachmittag dieses Tages wurden Vertreter der Wirtschaft im Innenministerium empfangen und über ihre Erwartungen und Wünsche auf diesem Gebiet gehört. Am Abend legte das „Kuratorium Sicheres Österreich“ seinen Bericht über die Cybersecurity Initiative, die gemeinsam mit dem Innenministerium entwickelt wurde, einem hochrangigen Publikum aus Behördenvertretern und Wirtschaft vor. Vorgestellt wurde die Risikomatrix, das Whitepaper zur Frage der Regulierung durch Staat oder Privatwirtschaft, die vertiefte Risikoanalyse, der KSÖ Sicherheitskongress, das erste Cyberplanspiel und die Cyber Security Challenge 2012. Wie die Innenministerin Dr. Johanna Mikl-Leitner und der Präsident des KSÖ Mag. Erwin Hameseder mitteilten, wird die Initiative 2013 fortgesetzt. Am Ende der Initiative wird eine gemeinsame Strategie des Bundeskanzleramtes, des Innen- und des Verteidigungsministeriums stehen.

Resümee der Veranstaltung, an dem auch Vertreter der VKÖ teilnahmen: Österreich ist gut aufgestellt und kann der Cyberkriminalität entsprechend entgegenreten.



Die Wiener Polizei

Im Jahrzehnt der alliierten Besatzung

1945-1955 war eine der bewegtesten und schwierigsten Perioden in der Geschichte der Wiener Polizeidirektion. Die Bundeshauptstadt, bis 1954 in den Grenzen des 1938 geschaffenen nationalsozialistischen „Reichsgaues“, war ebenso wie das übrige Staatsgebiet in vier Sektoren aufgeteilt und unterlag den Bestimmungen des Besatzungsstatuts, das die Wirkungsmöglichkeiten des Polizeipräsidioms in vielfacher Hinsicht einengte.

Das Korsett für die Polizei war nicht das einzige Problem. Als Folge der Tatsache, dass Wien im April 1945 von sowjetischen Truppen eingenommen wurde und in der Renner-Regierung ein Kommunist, Franz Honner, das Innenressort zugesprochen bekam, traten ca. 1500 Mitglieder der KPÖ in den Polizeidienst ein (13,7 Prozent aller Wiener Polizeiangehörigen). Besonders stark waren sie unter den Kriminalbeamten vertreten. Sie bekleideten aber auch mehrere leitende Positionen wie den Polizeivizepräsidenten (Othmar Strobel), den Vorstand der Staatspolizeilichen Abteilung (Dr. Heinrich Dürmayer), den Vorstand der Administrativpolizeilichen Abteilung (Rudolf Hautmann) und den Vorstand des Kulturreferats (Moritz Fels-Margulies). Dazu kamen fast sämtliche Leiter der Kommissariate in den sowje-

tisch besetzten Wiener Gemeindebezirken. Auch das trug dazu bei, dass sich in politischer Hinsicht das Agieren der Polizeipräsidenten bis zum Abzug der Besatzungsmächte 1955 kompliziert gestaltete. (Der Autor hat zu diesem Fragenkomplex vor einigen Monaten einen längeren Beitrag verfasst, abrufbar im Internet unter: www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Hautmann_2_12.pdf)

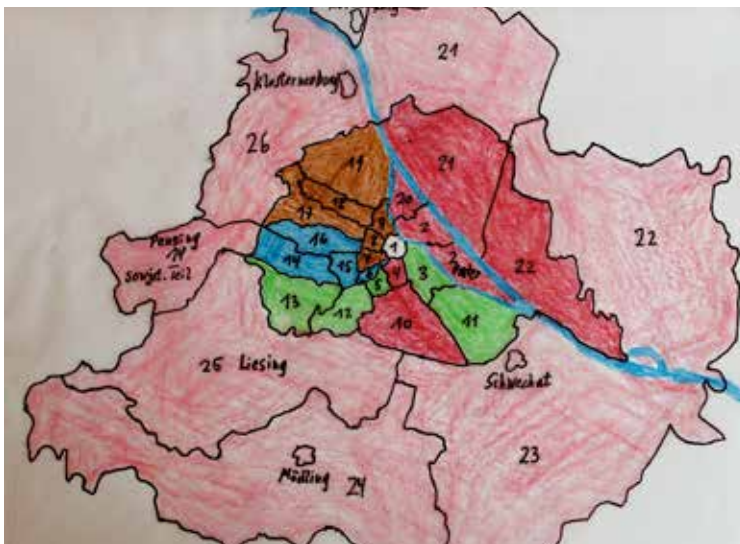
Vom Hilfsdienst zur Polizeidirektion

Die erste Wiener Polizeibehörde nach der Befreiung von der NS-Herrschaft war der „Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien“, gegründet am 17. April 1945 und geleitet (unter dem Titel „Polizeichef“) von Rudolf Hautmann. Der „Hilfsdienst“ war ein aus Österrei-

chern bestehendes Organ der russischen Stadtkommandantur und insofern ein Provisorium, weil mit dem von der Renner-Regierung am 13. Mai 1945 beschlossenen Verfassungs-Überleitungsgesetz auch die alten polizeilichen Verwaltungsstrukturen der 1. Republik wieder in Kraft traten.

Die Kundmachung der Wiedererrichtung der Bundespolizeidirektion Wien erfolgte am 13. Juni 1945; Polizeipräsident wurde der bereits 79jährige Dr. Ignaz Pamer, von 1911 bis 1923 Zentralinspektor der Wiener Sicherheitswache und von 1923 bis 1930 Polizeivizepräsident. Er erließ am 19. Juli 1945 für die Polizeidirektion Wien einen Geschäftsplan, der sich im Wesentlichen an das Organisationsschema der Ära Schober anlehnte. Neu war die Gliederung in drei zentrale Abteilungen

(Staatspolizei, Kriminalpolizei, Administrativpolizei) sowie die Schaffung einer bisher nicht gekannten Dienststelle, des „Kulturreferats“. Letztere Maßnahme war Ausdruck des 1945 bestehenden Konsenses der drei Gründungsparteien der 2. Republik, die Wiener Polizei mit einem neuen, antifaschistischen Geist zu erfüllen und „sie nach der siebenjährigen gewaltsamen Entfremdung vom österreichischen Gedanken wieder bewusst patriotisch zu erziehen“.



Man war übereingekommen, Wien nur in den Grenzen wie sie vor dem Anschluss im März 1938 bestanden, vierfach zu besetzen

Neue Grenzen

Am 1. September 1945 rückten amerikanische, britische und französische Truppen in Wien ein und übernahmen vereinbarungsgemäß ihre Zonen. Die Lage für die Polizeidirektion wurde dadurch nicht gerade einfacher, weil man übereingekommen war, Wien nur in den Grenzen vierfach zu besetzen, wie sie vor dem Anschluss im März 1938 bestanden. (Siehe Stadtplan.) Die Bundesregierung Figl/Schärf ebenso wie die Bundesländer Wien und Niederösterreich trachteten danach, die überzogene und ganz unorganische Stadterweiterung der NS-Zeit rückgängig zu machen. Der Nationalrat und die beiden Landtage beschlossen im Juni 1946 ein entsprechendes Gebietsänderungsgesetz, das aber infolge sowjetischen Vetos nicht in Kraft treten konnte. Erst 1954 stimmte das russische Element der Rückgliederung der eingemeindeten Gebiete an Niederösterreich zu.

Das bedeutete, dass bis 1954 neben den sowjetischen Zonenbezirken 2, 4, 10, 20, 21 und 22 auch die Bezirke 23 (Schwechat), 24 (Mödling), 25 (Liesing) und 26 (Klosterneuburg) russisch besetzt waren. Analog gab es 26 Bezirkspolizeikommissariate, in Wirklichkeit 27, weil der 2. Bezirk polizeimäßig traditionell in die Kommissariate Leopoldstadt und Prater geteilt war. Zur Draufgabe existierte noch das Problem des 14. Bezirks Penzing,

der aus einem französisch und russisch besetzten Teil mit zwei gesonderten Polizeikommissariaten bestand. Ein weiterer Sonderfall war der 1. Bezirk, die Innere Stadt, das politische Zentrum Wiens mit allen Regierungsgebäuden. Hier einigten sich Alliierten, den Bezirk vierfach zu verwalten und den Vorsitz monatlich rotieren zu lassen.

Die Anwesenheit der Westmächte seit September 1945 führte in der Regel dazu, dass die bisherigen kommunistischen Kommissariatsleiter in deren Zonenbezirken abgelöst und durch politisch genehmere Polizeibeamte ersetzt wurden. In den vom russischen Element besetzten Sektoren amtierten hingegen weiterhin (ausgenommen Schwechat, Klosterneuburg und Prater) kommunistische Polizeibedienstete als Bezirksleiter, woran sich bis 1955 nichts ändern sollte. Hier muss man berücksichtigen, dass der Polizeipräsident bei der Ernennung eines Bezirkspolizeileiters damals keine freie Hand hatte, sondern obligatorisch die Genehmigung der alliierten Besatzungsinstanzen einholen musste.

Organisationsreformen in der Ära Klauser

Am 20. Juli 1946 trat Dr. Arthur Klauser die Nachfolge Pammers als Polizeipräsident an. Klauser, 57 Jahre alt und parteilos, war wie Pamer ein altgedienter Polizeibeamter aus der 1. Republik und ein anerkannter

Experte auf dem Gebiet der Banknotenfälschung. Zu seinen ersten Maßnahmen gehörte die Abschaffung des Kulturreferats. Die Initiative ging nicht von ihm aus, sondern von dem seit Dezember 1945 amtierenden SPÖ-Innenminister Oskar Helmer, der von Anfang an danach strebte, den kommunistischen Einfluss in der Wiener Polizei zurückzudrängen. Dem diente auch das Abschieben Othmar Strobels auf den Posten des 2. Vizepräsidenten; 1. Vize-

präsident wurde der Polizeifachmann Dr. Heinrich Hüttl von der ÖVP.

Kommunistische Leitungspositionen

Unberührt davon blieben vorerst die kommunistischen Leitungspositionen in den Abteilungen I (Staatspolizei) und III (Administrativpolizei). Die Staatspolizei unter Dürmayer bestand zu der Zeit aus folgenden Ämtern: dem staatspolizeilichen Büro, dem Personalbüro, dem Sekretariat, dem Pressebüro, Vereinsbüro, der Fremdenpolizei (Ausländeramt), dem Passamt und den Referaten „Kriegsverbrechen“, „Abwehr“, „Wirtschaftsverbrechen und Säuberung“, „Überwachung“ und „Information“. Weiters gab es eine Bezirkszentrale mit Staatspolizeigruppen in allen Wiener Gemeindebezirken sowie die Staatspolizeiabteilung beim Volksgericht, dem die Anklage gegen NS-Täter oblag.

Nicht weniger umfangreich, wenngleich politisch weniger brisant, waren die Agenten der Administrativpolizei unter Hautmann, der 1946 zum Polizeirat ernannt wurde. Zur Administrativpolizei zählten das Administrationsbüro (Überwachung der Theater und Kinos), das Verkehrsamt, Strafregisteramt, Zentralmeldungsamt und Fundamt, das Korrespondenzbüro (für Amtshilfeersuchen bzw. das Ausstellen von Führungszeugnissen) und das Büro GM (Geschlechtskrankheiten und Mädchenhandel).

Nur die Kriminalpolizeiliche Abteilung II, bestehend aus dem Sicherheitsbüro, der Wirtschaftspolizei, dem Erkennungsamt, Fahndungsamt, Jugendpolizeilichen Amt und dem Kriminal-Korrespondenzbüro, hatte keinen kommunistischen Leiter und sollte auch nie einen haben. Als ihr Vorstand fungierte damals der Wirkliche Hofrat Dr. Otto Fürnkranz; das Sicherheitsbüro leitete Oberpolizeirat Dr. Karl Slancar.

Die wichtigste Organisationsreform unter Klauser erfolgte im März 1947, als die Agenden der Abteilung III aufgeteilt wurden. Fortan hieß die von Hautmann geleitete Abteilung III „Evidenzabteilung“, reduziert auf das Zentralmeldungsamt, Strafregisteramt, Korrespondenzbüro und Fundamt, während die übrigen Ämter (Verkehrsamt, Administrationsbüro, GM und Passamt – vorher bei der Staatspolizei –) zur neu geschaffenen Abteilung IV wanderten, die unter dem

Wirklichen Hofrat Dr. Johann Hornegg die alte Bezeichnung „Administrativpolizeiliche Abteilung“ behielt.

Rein organisatorische Veränderungen in der Geschäftsordnung, Ämterschaffung und Ämterverteilung der Polizeidirektion Wien unterlagen einer Einflussnahme seitens der alliierten Kontrollkommission nicht. Diese Möglichkeit wurde daher des Öfteren benützt, um auf unspektakuläre und relativ geräuschlose Weise die kommunistischen Machtpositionen in der Wiener Polizei zu beschneiden.

Organisationsreformen in der Ära Holaubek

Beim politisch heikelsten Bereich, der kommunistisch beherrschten Staatspolizei, musste man hingegen mit einem schweren Geschütz auffahren, um diesen Effekt zu erreichen. Unter Aufsehen erregenden Umständen wurde Dürmayer am 3. September 1947 von Helmer seines Amtes enthoben und durch den Ministerialsekretär Dr. Oswald Peterlunger von der ÖVP ersetzt. Am gleichen Tag entließ der

Innenminister auch Arthur Klauser, dem als Polizeipräsident der Branddirektor von Wien, Josef Holaubek, folgte. Holaubek, 40 Jahre alt und SPÖ-Mitglied, war weder Akademiker noch Polizeifachmann. Dennoch sollte er, die Rekordzeit von 25 Jahren amtierend, zu einem der besten und populärsten Wiener Polizeipräsidenten werden.

Erste Maßnahmen

Zu einer seiner ersten Maßnahmen gehörte im Februar 1948 die Schaffung einer neuen Abteilung, der „Wirtschaftspolizeilichen Abteilung“ V mit den Dienststellen Wirtschaftspolizei, Schleichhandelsbekämpfung und Preisüberwachung. Das war in einer Zeit, in der in Wien der Schleichhandel grassierte und Verstöße gegen die Preisregelungsvorschriften gang und gäbe waren, eine ebenso notwendige wie sinnvolle Reform. Im Jahr

1951, als sich die Zustände schon gebessert hatten, löste Holaubek die Abteilung V wieder auf, behielt aber die Ämter „Wirtschaftspolizei“ und „Preisüberwachung“ bei, indem er sie in die Kriminalpolizeiliche Abteilung II eingliederte.

Die nächste Veränderung des reformfreundigen und gegenüber der sowjetischen Stadtkommandantur sehr geschickt agierenden Holaubek fand im September 1953 statt. Es trat ein neuer Organisationsplan in Kraft, der nur mehr einen Polizeivizepräsidentenposten statt bisher zwei festlegte. Dem zum Opfer fiel Othmar Strobel, zu dem Zeitpunkt bereits ein schwer kranker Mann, der die Funktion nur mehr sporadisch ausüben konnte. Der Protest der KPÖ, dessen Zentralkomitee Strobel angehörte, hielt sich deshalb in Grenzen, und die sowjetische Seite reagierte darauf überhaupt nicht.

Mit der zweiten Maßnahme, der Verringerung der Abteilungen von vier auf drei durch erneute Zusammenlegung der Evidenz- mit der Administrativpolizeilichen Abteilung, deren Leitung Dr. Johann Hor-

negg übernahm, musste Rudolf Hautmann das Feld räumen. Er fungierte seit 16. September 1953 nur mehr als Stellvertreter Horneggs – auch hier blieben Proteste aus.

Rückgliederung Wiens

Mit der Rückgliederung Wiens auf das ursprüngliche Stadtgebiet im Sommer 1954 reduzierte sich auch die Zahl der Bezirkspolizeikommissariate von 27 auf 24. Die Kommissariate Schwechat, Mödling und Klosterneuburg fielen weg; das Kommissariat in Liesing, das als 23. Bezirk mit veränderten Grenzen in Wien eingemeindet wurde, blieb.

Der letzte große Wechsel, diesmal politischer Art, erfolgte mit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955, in dem der Abzug der Besatzungsmächte bis 25. Oktober festgelegt wurde. In den Augusttagen 1955 mussten daher die Polizeikommunisten ihre letzte Bastion räumen, die der Kommissariatsleiter in den ehemals sowjetischen Bezirken. Es waren das Josef Csarman (Leopoldstadt), Gerhard Herrnstadt (Wieden), Rudolf Hautmann (Favoriten), Ferdinand Berger (Brigittenau), Moritz Fels-Margulies (Floridsdorf), Ludwig Gruber (Donaustadt) und Peter Hofer (Liesing). Mit ihrer Enthebung und Versetzung durch Holaubek auf Dienststellen wie das Verkehrsamt, Passamt, Sicherheitsbüro und Korrespondenzbüro fand eine Epoche der Wiener Polizeidirektion ihren Abschluss, die von ungewöhnlichen und sehr diffizilen, letztlich aber erfolgreich gelösten Problemen gekennzeichnet war.



Josef Holaubek, der beliebteste Polizeipräsident aller Zeiten



Dr. Hans Hautmann, 1943 in Wien geboren, ist a. o. Universitätsprofessor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte i.R.

Er war bis 2005 an der Linzer Johannes Kepler-Universität als Vorstand des Institutes für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte tätig.



Gedanken zum letzten Weg des Werner Kucera †

Es war das Who-is-who des (ehemaligen) Wiener Sicherheitsbüros, das am 19. Dezember in Ober St. Veit zusammengekommen ist: Max Edelbacher, Ernst Geiger, Hannes Scherz, Fritz Maringer, Günther Mais, Hermann Schweiger, Rudi König, Erwin Köbl und viele, viele mehr haben sich aber aus keinem erfreulichen Grund getroffen. Immerhin galt es, einem Kameraden, Freund und Weggefährten die letzte Ehre zu erweisen: Werner Kucera, 69, ist nicht mehr. Knapp 34 Jahre hat er im SB Räuber und Mörder gejagt, zuletzt als Chefinspektor und „Führer“ der nach ihm benannten SB-Gruppe. Seine Erfolge hier aufzulisten, würde den Rahmen sprengen. Zur Erinnerung seien nur Jack Unterwiesinger, die Brüder V. („GTI-Bande“) oder der 21-fache Bankräuber „Pino“ erwähnt, die dank Werner Kucera (und seinem Team) dingfest gemacht werden konnten. Es waren glanzvolle Zeiten, in denen das SB ein weltweit bekannter Markenname und die Kripo eine Familie war.

Mit Werner Kucera wurde nicht nur ein liebenswürdiger Mensch (und guter Kieberger vom alten Schlag) beigesetzt, es ist auch ein Stück Kriminalgeschichte zu Grabe getragen worden. „Ein Denkmal des SB“, wie dessen damaliger Vorstand, Max Edelbacher, anlässlich Kuceras (gesundheitlich bedingt frühzeitiger) Ruhestandsversetzung im Februar 2002 gesagt hat. „Vielleicht war der SB-Aspekt ausschlaggebend dafür, dass sich kein

offizieller ‚Würdenträger‘ des LKA auf den Friedhof bemüht hat“, ätzte nun ein Trauergast. Die Umstehenden nickten nur, denn tatsächlich hat es die „Chefetage“ offenbar nicht für notwendig empfunden, den vielfach ausgezeichneten „Mörderjäger“ in allen ihm zustehenden Ehren zu verabschieden. Zur Beisetzung eines verdienten Beamten (im Ruhestand) schickt die Führung das obligate Polizeimusik-Quartett, vielleicht noch einen ohnedies vom Steuerzahler bezahlten Kranz – das war es dann aber auch schon. Der nette Slogan, wonach der Mensch im Mittelpunkt steht, verkommt in solchen Situationen einmal mehr zur hohlen Phrase. „Dankbarkeit ist keine politische Kategorie“, hat Bruno Kreisky einmal gesagt, und sicher nicht geahnt, dass das viele Jahre später auch bei der Wiener Polizei gelten wird, (einstiger) Korpsgeist hin, Korpsgeist her.

Also nehme ich mir an dieser Stelle die Freiheit heraus, Werner ganz persönlich „danke“ zu sagen. Ich bin ja auch kein Politiker (und auch keine polizeiliche Führungskraft). „Danke“ sage ich ihm dafür, dass er mir, dem (einstigen) Jung-Journalisten, immer wieder vertrauensvoll Einblicke in seine Arbeit gewährt hat, gerade im „Hardcore“-Bereich eine für Außenstehende spannende Angelegenheit. Das hat aber nicht nur mir viel gebracht, es war auch gelebte PR-Arbeit für die Polizei, speziell für die Kripo. Denn so

wurde in mir ein Verständnis für den Job des „Kiebers“ geweckt, wie es fesche Polizeisprecher(innen) von heute nie und nimmer zustande bringen können. „Wir ermitteln in alle Richtungen“, hätte ein Werner Kucera (ernsthaft) wohl nie über die Lippen gebracht, um den Stand der Dinge in einem Kriminalfall auf den Punkt zu bringen. Oberflächlichkeit war seine Sache nicht. Und das hat mit Sicherheit Früchte getragen, weil es viel zur positiven medialen Darstellung der (Kriminal-) Polizei beigetragen hat. Vertrauen gegen Vertrauen war bei uns keine leere Phrase. Und so sind wir auch das eine oder andere Mal übereingekommen, dieses oder jenes Detail in der medialen Darstellung zu verschweigen oder eine (für mich) tolle Story aufzuschieben oder gar das Manuskript in den Mistkübel wandern zu lassen.

„Es war a schöne Zeit und ein spannender Beruf, aber mit der Zeit ist man in dem G'schäft ausgebrannt“, hat mir Werner damals, als er vor etwas mehr als zehn Jahren seine Kokarde abgegeben hat, gesagt. Ähnliche Worte waren nun auch auf dem Friedhof zu hören, als nicht nur „die Alten“ dem Sarg folgten. „Früher hat's noch an Spaß g'macht, heute erledigen wir den Akt, der auf den Tisch kommt. Fertig“, meinte einer, der durchaus der „jungen“ Generation zuzuordnen ist. Mit dieser Einstellung steht er leider nicht alleine da.

• Peter Grolig

Detektive:

Ein Berufsstand in der Krise

Wer glaubt, nur Polizisten haben berufliche Probleme, der irrt. Eine verwandte Berufsgruppe, jene der Berufsdetektive, kämpft zurzeit um die Existenz. Ein Brief des bekannten Berufsdetektivs Walter Penk-Lipovsky weist auf die Probleme seiner Berufsgruppe mit Rechtsanwälten hin:

"Als ich vor 38 Jahren meine erste Kanzlei eröffnet, gab es in Wien 700 Anwaltsbüros, lt. Kammer sind es Mitte August 2.659. Auf gut Deutsch heißt das, genau so viel mögliche Klienten wie früher, aber 4x so viele Anwälte.

Wenn es geht, kauft kein Anwalt mehr etwas bei uns. Wenn er etwas erfahren will, probiert er zu billigsten Preisen auch bei gewissen Ehesachen Detailauskünfte wie: Ermittlungen einer geheimen Telefonnummer, Mitteilung wem eine Autonummer gehört usw. Die gesamten Causen wollen sie meistens, wenn überhaupt, selbst bearbeiten, was ihnen fast nicht gelingt, wenn man von den Honorarnoten absieht.

Die Anwälte legen immer Wert darauf, für jegliche Ermittlung die Rechnung zu bekommen und nicht der Klient. Früher bezahlten sie die Rechnung, jetzt senden sie die Faktura an den Klienten, der natürlich nicht prompt bezahlt und sobald man mahnt, wird gebeten, die Rechnung noch einmal zu schreiben und zwar an den Klienten. Nach ca. 2000 Scheidungen und ungefähr 178.000 Adressermittlungen darf ich mir erlauben zu sagen, dass wir ähnlich wie Druckereien und Buchhandlungen, wie hunderte andere Berufe, am Rande des Abgrunds stehen.

Die Frage, was wir (Berufsdetektive) tun sollen ist nicht einfach zu beantworten. Wenn wir es schaffen wollen, können wir nur vergessen, wie unsere Schlangengruppe ist und letztlich eine Art Kameradschaft entwickeln, die es leider nicht mehr gibt.

(In der Folge beschreibt Penk-Lipovsky zahlreiche typische Fälle von Arbeitsweisen von Rechtsanwälten". Da gibt es z. B. einen Anwalt, der sich Schlüssel von Postkästen besorgt hat und selbst recherchieren geht, ein anderer schreibt in eigenem Na-



men Honorarnoten für Recherchen. Grundsätzlich findet Penk-Lipovsky, dass viele Anwälte nicht die geringste Ahnung über die gesetzlichen Bestimmungen des Detektivberufs haben.)

Wörtlich: *"Ich kenne eine enorme Anzahl von Anwälten, die aufgrund ihres Studiums der Ansicht sind, dass wir ungefähr die Qualität von Taxifahrern und Hilfsarbeitern haben".*

Eines steht fest, die Krise wird noch lange Jahre dauern. Eine Art 30-jähriger Krieg ohne Schusswaffen, von Schreibtisch zu Schreibtisch und von Bank zu Bank und Gauner zu Gauner.

Wer irgendeine Idee hat sei es vielleicht gemeinsame Werbung, die nicht nur Geld kostet, sondern vielleicht auch etwas bringt oder kameradschaftliche Abwehr gegen unsere Berufsgegner, der möge bitte ein E-Mail senden und zum Nachdenken veranlassen.

w.penk-lipovsky.detektivbuero@chello.at

VKÖ unterstützt die Kriminalprävention in NÖ

„Gefahren im Internet“ war das Thema der „4. Tagung der polizeilichen Kriminalprävention NÖ“, die am 13. November im Landhaus in St. Pölten stattfand. Neben den 140 Präventionsbeamten haben auch die Bezirkskommandanten, Kriminaldienstreferenten, sowie die ranghöchsten Führungskräfte der Polizei NÖ und Generaldirektor Dr. Herbert Anderl vom Bml teilgenommen.

Spannend und mit aktuellen Fällen gespickt wurde das Thema Cyber Crime vorgetragen. Die kompetenten Vortragenden, darunter der Leiter vom Büro für Computer und Netzwerkkriminalität im Bml, Mag. Leopold Löschi, machten die Veranstaltung bis zum Abend interessant. Die Präventionsbeamten konnten ihr Wissen im Bereich der Computerkriminalität beträchtlich erweitern und sind damit für ihre tägliche Arbeit bestens gerüstet. Sei es der Schutz gegen Internetbetrüger, Hackerabwehr, die Gefahren für Jugendliche, Wirtschaft und Industrie.

Von der VKÖ wurde die Kosten für einen Referenten übernommen und Seminarutensilien zur Verfügung gestellt. Vom Leiter der Kriminalprävention NÖ, Cheflnsp. Andreas Bandion, wurde in den Dankesworten hervorgehoben, dass die Weiterbildung von den Kollegen im Kriminaldienst ein besonderes Anliegen der VKÖ ist.



v.l.n.r.: GenMj Franz Popp; Cheflnsp. Andreas Bandion; Dr. Herbert Anderl; Dr. Franz Prucher; Mag. Leopold Löschi; Ludwig Hinterkörner; GenMj Anton Haumer